



Niederschrift

zur 15. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses der Stadt Lippstadt am 20.03.2012

Sitzungsraum: Städtische Gesamtschule Lippstadt, Mensa (Erdgeschoss)
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Sabine Pfeffer Vorsitzende

stellv. Vorsitzende

Frau Dr. Yasmine Freigang stellv. Vorsitzende

CDU-Fraktion

Herr Wilhelm Börskens ordentliches Mitglied
Herr Julian Dohr ordentliches Mitglied
Herr Klaus Laufkötter ordentliches Mitglied
Frau Gabriele Schütte-Holthaus ordentliches Mitglied
Herr Ansgar Mertens stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Frau MdL Marlies Stotz ordentliches Mitglied
Herr Francisco Casado Perez stellv. Mitglied
Herr Martin Schulz stellv. Mitglied

FDP-Fraktion

Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend ordentliches Mitglied
Herr Klaus Klostermeyer ordentliches Mitglied

BG-Fraktion

Herr Horst Fritsch ordentliches Mitglied
Herr Theodor Kremer ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Elisabeth Körner ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Klaus Marke ordentliches Mitglied

Fraktionslose

Herr Gemeindereferent Bernward Beel ordentliches Mitglied mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Manfred Strieth Fachbereich Familie, Schule und Soziales
Herr Walter Böhle Fachbereich Zentraler Service
Herr Klaus Brüngenolte Fachdienst Gebäudewirtschaft
Herr Wolfgang Streblov Fachdienst Kultur und Weiterbildung
Herr Josef Wittrock Fachdienst Kultur und Weiterbildung
Frau Ulrike Weyrich Thomas-Valentin-Stadtbücherei
Herr Uwe Thiesmann Fachdienst Schule - Schriftführer

Ferner waren anwesend:

Herr Ludger Montag Schulleiter Städtische Gesamtschule Lippstadt

In öffentlicher Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte die Ausschussvorsitzende Frau Pfeffer die Anwesenden und bedankte sich bei der Städtischen Gesamtschule Lippstadt für die Gastfreundschaft.

Herr Montag, Schulleiter der Städtischen Gesamtschule Lippstadt hieß die Ausschussmitglieder und die Zuhörer in den Räumen seiner Schule herzlich willkommen und wünschte dem Gremium einen guten Sitzungsverlauf.

1. Fragestunde für Einwohner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

2. Anmeldungen für die Klasse 5 der weiterführenden Schulen in Lippstadt im Schuljahr 2012/13

109/2012

Herr Strieth stellte das Anmeldeergebnis für die Klasse 5 der weiterführenden Schulen anhand der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Präsentation vor. Auf entsprechende Nachfrage erklärte Herr Strieth, dass das Anmeldeergebnis für die Erprobungsstufe der Oberstufe nachgereicht werde (siehe Anlage 2).

Herr Montag erläuterte auf Nachfrage von Frau Dr. Jonas-Ahrend das Aufnahmeverfahren der Gesamtschule, insbesondere zur Herstellung der Leistungsheterogenität. Herr Montag wies ergänzend darauf hin, dass das Aufnahmeverfahren mit der Bezirksregierung abgestimmt worden sei.

Herr Fritsch bat die Verwaltung um Mitteilung, wie viele Kinder aus dem gemeinsamen Unterricht der Klasse 4 zum kommenden Schuljahr in die Klasse 5 wechseln und zu welcher Schule. Herr Strieth machte deutlich, dass die Kinder vom Schulamt für den Kreis Soest den einzelnen Schulen zugewiesen werden. Diese Verfahren seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Ausschuss werde entsprechend informiert, wenn konkretere Zahlen bekannt sind. Hierbei werde auch die von Herrn Fritsch angesprochene weitere Entwicklung beleuchtet, soweit diese absehbar sei.

Ansonsten wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

3. Schulentwicklungsplanung

hier: Standort der Gesamtschule

110/2012

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt brachte die Ausschussvorsitzende Frau Pfeffer ihr Befremden zum Ausdruck, dass nur zwei Tage nach der nichtöffentlichen Sitzung der Schulplanungskommission seitens der Fraktion „Die Linke“ öffentlich ein Antrag über die Medien verbreitet wurde, der Teile der nichtöffentlichen Vorlage sowie deren Beratungsinhalte zitierte. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die Regelungen, die sich die politischen Gremien im Umgang mit nichtöffentlichen Vorlagen selbst gesetzt hätten.

Frau Pfeffer erläutere ferner, dass es sich bei der vorliegenden, nunmehr öffentlichen Vorlage um eine Mitteilungsvorlage handele. Sie machte den Vorschlag, dass diese durch die Verwaltung vorgestellt und anschließend in den Fraktionen beraten wird.

Insoweit wäre es sinnvoll in der Sitzung lediglich Verständnisfragen zu stellen und nicht vorab zu einer inhaltlichen Diskussion der Standortbewertungen zu gelangen.

Herr Strieth stellte anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation die Vorlage vor. Verwaltungsseitig werde die Variante 1 aufgrund der mittlerweile veränderten Rahmenbedingungen zwar als möglich, aus schulorganisatorischer, verkehrstechnischer und planungsrechtlicher Gesichtspunkten aber als nicht mehr wünschenswert eingestuft. Herr Strieth machte deutlich, dass die neuen Varianten 2 und 3 seines Erachtens bessere Alternativen darstellen. Aus seiner Sicht sei es bei diesen Varianten jeweils möglich, in der Folge eine Sekundarschule oder ggf. eine zweite Gesamtschule zu realisieren. Insoweit seien die Vorschläge auch zukunftssicher.

Verwaltungsseitig werde angestrebt, vor der Sommerpause eine Entscheidung zum Standort der Gesamtschule herbeizuführen. Dies wurde von den Anwesenden mehrheitlich begrüßt.

Die Schaffung des Baurechts für die Variante 3 (Ulmenstraße) bedürfe eines Zeitraums von rund sechs Monaten, so Herr Strieth auf Nachfrage von Herrn Kremer. Dies könne jedoch, so Herr Strieth, nach Auskunft des Fachbereichs Stadtentwicklung und Bauen parallel zu einem Architektenwettbewerb erfolgen. Insoweit sei nicht mit einer Verzögerung gegenüber den anderen Varianten zu rechnen, da auch für diese das vorhandene Baurecht in entsprechenden Verfahren geändert und ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden müsse.

Herr Kremer bat die Verwaltung näher darzulegen, inwieweit die Pestalozzischule im Schulgebäude der Wilhelmschule untergebracht werden könne. Auch sei der Neubaubedarf der Grundschule An der Pappelallee bei Wegfall des vierklassigen Pavillons darzustellen. Herr Strieth ergänzte, dass es nach Gesprächen mit dem Fachdienst Gebäudewirtschaft vorstellbar sei, den Ersatzbau für die Grundschule näher an das Schulgebäude heranzurücken. Insoweit könnte die Fläche, zwischen Grundschule und Ulmenstraße teilweise als Parkfläche genutzt werden. Dies, sowie Überlegungen zu einem Schulneubau, müsste im Rahmen des Architektenwettbewerbs optimiert werden. Hierdurch könne der jetzt zeichnerisch dargestellte Eingriff in den Theodor-Heuss-Park verringert werden. Insoweit sei der jetzt dargestellte Eingriff in den Park als maximaler Eingriff bei Verlagerung der vierzügigen Gesamtschule zum Standort Ulmenstraße anzusehen. Nach kurzer Diskussion sagte Herr Strieth zu, dass die Verwaltung für die Variante 3 nochmals eine Denkoption erarbeiten werde, bei der ein verringerter Eingriff in die Parkfläche dargestellt werde (diese Darstellung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt).

Zu der weitergehenden Fragestellung von Herrn Kremer erläuterte Herr Strieth, dass bei einem Verbleib der Pestalozzischule am Standort (Variante 2) gegebenenfalls die Möglichkeit bestünde, den durch den Wegfall der Pavillons ausgelösten Raumbedarf im Gebäude der Pestalozzischule zu decken. Bei allen Varianten seien im Übrigen - neben den beschriebenen Kosten für den Neubau - mit Umbaukosten im Bestand zu rechnen. Dies gelte auch bei einem Umzug der Pestalozzischule in das freiwerdende Gebäude der Wilhelmschule.

Frau Körner stellte die Frage nach den Möglichkeiten die Schülerbeförderung sowie die Parkverkehre im Bereich der Ulmenstraße verträglich für das Umfeld zu gestalten. Herr Strieth verwies auf seine Aussage zu den möglichen Optionen im Zusammenhang mit dem Neubau für den abgängigen Pavillon der Grundschule An der Pappelallee. Frau Pfeffer ergänzte, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss mit den verkehrlichen Problematiken für die einzelnen Optionen näher befassen werde.

Frau Dr. Jonas-Ahrend stellte die Frage nach der Notwendigkeit eines Schulneubaus bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen. Es wurde seitens der Damen und Herren Börskens, Pfeffer, Stotz und Strieth darauf hingewiesen, dass durch den Wegfall der zweizügigen Stadtwaldschule sowie den zusätzlichen räumlichen Erfordernissen für den Ganztags zusätzlicher Raumbedarf bestehe. Die anstehende Inklusion führe

ebenfalls zu zusätzlichen Raumbedarfen an den Regelschulen. Zudem sei mittelfristig beabsichtigt, die Schülerzahlen pro Jahrgang zu reduzieren, so dass der Rückgang der Schülerzahlen sich nicht zwangsläufig in einem proportionalen Rückgang der Klassenzahlen widerspiegele.

Herr Dohr fragte, ob nähere Angaben zum Zeitplan der Inklusion gemacht werden könnten. Herr Strieth führte aus, dass sich der vom Land angekündigte Inklusionsplan, der die Rahmenbedingungen darstellen soll, durch die Neuwahlen im Land noch verzögern werde. Gleichwohl erfolge die Zuweisung der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf seitens des Schulamtes derzeit verstärkt zu Regelschulen. Insoweit sei derzeit bereits sukzessive ein Prozess der verstärkten inklusiven Beschulung feststellbar, der sich in den kommenden Jahren voraussichtlich verstärken werde.

Herr Marke erklärte, dass sich seine Fraktion für die Variante 3 aussprechen werde. Es solle jedoch noch untersucht werden, inwieweit die Gesamtschule an diesem Standort auf 5 oder 6 Züge ausgeweitet werden könne. Frau Pfeffer entgegnete, dass durch eine Erweiterung der Zügigkeit der Gesamtschule sich die Stadt anderweitige Optionen, wie z. B. die Errichtung einer Sekundarschule, unnötig erschwere, da das notwendige Schülerpotential mengenmäßig nicht zur Verfügung stehe.

Auf Nachfrage von der Ausschussvorsitzenden Frau Pfeffer erklärte Herr Marke, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht an den Beschlussantrag seiner Fraktion festgehalten werde und in der nächsten Sitzung hierüber beraten werden könne.

Insoweit nahm der Schul- und Kulturausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

4. Entgeltordnung für die Thomas-Valentin-Stadtbücherei; hier: Ausleihgebühren für Kinder und Jugendliche 112/2012

Herr Böhle erläuterte die Vorlage. Mit dem Vorschlag, im Bedarfsfalle Patenschaften zu übernehmen, sei nach Ansicht der Verwaltung eine praktikable Lösung gefunden worden.

Herr Börskens signalisierte seitens seiner Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er verwies darauf, dass insgesamt betrachtet das Lippstädter Gebührenmodell günstiger sei, als die Gebührenstrukturen der Vergleichskommunen, da mit Entrichtung der Jahresgebühr nicht nur Bücher aus dem Kinder- und Jugendbereich ausgeliehen werden könnten, sondern auch andere Medien, wie z. B. DVDs.

Seitens der SPD-Fraktion werde eine Zustimmung erfolgen, so Herr Schulz. Die Testphase von einem Jahr sei zudem sinnvoll, um zu erfahren, wie hoch der Bedarf tatsächlich sei.

Die Verwaltung werde durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit auf die sich aus dem Beschluss ergebenden Möglichkeiten hinweisen, so Herr Böhle auf entsprechende Nachfrage von Frau Körner. Frau Weyrich ergänzte, dass nahezu alle Schulen an Klassenführungen in der Thomas-Valentin-Stadtbücherei teilnehmen. In diesem Zusammenhang sollen seitens der Bücherei die Lehrkräfte über die Möglichkeit der Patenschaften informiert werden, so dass diese gezielt Kinder und Eltern ansprechen können.

Herr Marke plädierte dafür, dass für Kinder bis einschließlich 12 Jahren die Ausleihgebühr für Kinder- und Jugendliteratur entfallen solle. Die Gebührenbefreiung soll sich lediglich auf Bücher, nicht auf andere Medien beziehen.

Auf Nachfrage erklärte Frau Weyrich, dass es technisch zwar möglich sei, bei einer, wie von Herrn Marke geforderten Gebührenbefreiung, die Ausleihen auf den Kinder- und Jugendliteraturbereich zu beschränken, jedoch Kinder auch Sachbücher ausleihen. Nach dem Vorschlag von Herrn Marke müssten hierfür jedoch Gebühren berechnet werden.

Aufgrund des administrativen Aufwandes bei der Umsetzung des Vorschlages von Herrn Marke sprach sich Herr Kremer für die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung aus.

Für Frau Stotz müsse es Ziel sein, Kinder und Jugendliche verstärkt zur Ausleihe von Medien zu motivieren. Insoweit sei der Vorschlag von Frau Weyrich, über die Schulen die Kinder anzusprechen, sinnvoll.

Auf Antrag von Herrn Marke beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

„ Der Entgelttarif für die Thomas-Valentin-Stadtbücherei soll dahingehend geändert werden, dass Kinder bis einschließlich des 12. Lebensjahres Bücher aus dem Bereich der Kinder- und Jugendliteratur gebührenfrei ausleihen können. Andere Medien sind von dieser Gebührenbefreiung ausgenommen.“

(Mehrheitlich abgelehnt mit 1 Ja-Stimme und 15 Nein-Stimmen)

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss gemäß dem Beschlussvorschlag der Verwaltung:

„ Eine Änderung des Entgelttarifs für die Benutzung der Thomas-Valentin-Stadtbücherei wird nicht vorgenommen.

Um in besonderen Fällen Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Medienausleihe zu ermöglichen, wird die Thomas-Valentin-Stadtbücherei im Einzelfall ermächtigt, durch die Übernahme von Patenschaften eine kostenfreie Ausleihe zuzulassen.“

(Einstimmig zugestimmt, ohne Enthaltungen)

5. Förderung privater Kulturträger

108/2012

Herr Böhle erläuterte die Vorlage. Die Verteilung der Haushaltsmittel zu Ziffer A des Beschlussvorschlages sei an die Fördersätze des letzten Jahres angelehnt.

Für die Projektförderung verblieben insoweit noch 10.800 €. Demgegenüber stünden mit den Anträgen für das Rathausplatzfestival (8.500 €), Kunst im Turm (1.500 €), Neues Lippstädter Kammerorchester (925 €) sowie dem nachgereichten Antrag des Kunstvereins Lippstadt i. H. v. 750 € (siehe Anlage 5) ein Antragvolumen von 11.675 €. Herr Böhle schlug vor, allen Anträgen zu entsprechen und die die Finanzierungslücke i. H. v. 875 € durch Umschichtungen im Etat des Fachbereichs Zentraler Service im laufenden Haushaltsjahr zu decken.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

„ Aus den im Haushaltsplan 2012 zur Verfügung stehenden Mitteln für die Förderung privater Kulturträger in Höhe von insgesamt 23.500 € werden im Einzelnen folgende Zuschüsse bewilligt:

A. Laufende Förderung

1. Lippstädter Chorgemeinschaft	5.500,-- €
2. Kammerchor Lippstadt e. V.	450,-- €
3. Jazzclub Lippstadt	2.000,-- €
4. Werner-Bohrer-Kreis	1.650,-- €
5. Kath. Ring	675,-- €
6. Spielmannszüge (6)	600,-- €
7. Mandolinen- u. Gitarrenorchester	625,-- €
8. Musikkapelle Hellinghausen	400,-- €
9. Musikverein Bad Waldliesborn	400,-- €
10. Orgeltage (Ev. Kirche)	200,-- €
11. Orgeltage (Kath. Kirche)	<u>200,-- €</u>
	12.700,-- €

B. Projektförderung

1. Rathausplatzfestival	8.500,-- €
2. Kunst im Turm	1.500,-- €
3. Neues Lippstädter Kammerorchester	925,-- €
4. Kunstverein Lippstadt	<u>750,-- €</u>
	11.675,-- €

Die Verwaltung wird beauftragt durch entsprechende Umschichtungen im Budget des Fachbereichs Zentraler Service im aktuellen Haushaltsjahr die Deckungslücke i. H. v. 875,-- € zu schließen.“

(Einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung)

6. Offene Ganztagsschule im Primarbereich

hier: Ausweitung des Angebotes ab dem 01.08.2012

095/2012

Herr Strieth verwies darauf, dass die benötigten Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt seien. Nach der Zuständigkeitsordnung des Rates und der Ausschüsse bedürfe es jedoch eines gesonderten Beschlusses auf Ausweitung des Betreuungsangebotes.

Er erklärte auf Nachfrage von Frau Körner, dass in einer der Herbstsitzungen der Ausschuss darüber informiert wird, inwieweit die angemeldeten Bedarfe mit den vorhandenen Kapazitäten übereinstimmen. Eine frühere Information sei nicht aussagekräftig, da sich aus Erfahrungen zeige, dass bis zu den Herbstferien teilweise eine starke Fluktuation in den Gruppen stattfindet.

Sodann beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

„ Das Angebot im Rahmen der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich wird an der Grundschule „An der Pappelallee“ um eine dritte Betreuungsgruppe erweitert.“

(Einstimmig zugestimmt)

7. Schule von acht bis eins (verlässliche Vormittagsbetreuung an Grundschulen)

hier: Ausweitung des Angebotes ab dem Schuljahr 2012/2013

086/2012

Ohne Aussprache beschloss der Schul- und Kulturausschuss:

„ Der Schul- und Kulturausschuss stimmt der Einrichtung von je einer weiteren Betreuungsgruppe „Schule von acht bis eins“ an der Grundschule Lipperode und an der Grundschule Im Kleefeld ab dem Schuljahr 2012/2013 zu.

Die Finanzierung der zusätzlichen Gruppen erfolgt durch die pauschale Landeszuwendung sowie die Elternbeiträge.“

(Einstimmig zugestimmt)

8. Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez. Sabine Pfeffer
Vorsitzende

gez. Uwe Thiesmann
Schriftführer